

## Antrag

Fraktion : GRUENE

Gremium	am	TOP	Beratungsstatus	Öffentlichkeitsstatus
Kreistag	16.12.2020		beschließend	öffentlich

**Betrifft:** Landkreis Dahme Spreewald wird „Sicherer Hafen“  
(Antrag der Fraktion GRUENE)

### Beschlussentwurf:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Landkreis Dahme Spreewald erklärt sich zum „Sicheren Hafen“ und bekräftigt seine Solidarität mit Menschen auf der Flucht.
2. Der Landkreis Dahme Spreewald stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von ca. 50 aus Seenot geretteten Menschen bzw. von Menschen, die in Lagern an den EU-Außengrenzen festsitzen, sicher. Diese Aufnahme erfolgt zusätzlich zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel). Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird sich der Landkreis Dahme Spreewald mit dem Bundesinnenministerium, dem zuständigen Landesministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verständigen.
3. Der Landrat wird beauftragt, durch Veröffentlichung aller diesbezüglichen Aktivitäten den Landkreis Dahme Spreewald als „sicheren Hafen“ bekanntzumachen. Der Landkreis informiert auch seine europäischen Partnerkommunen über diese Resolution.

### Begründung:

Der Landkreis erklärt seine Bereitschaft, aus Seenot gerettete Menschen zusätzlich zu den nach dem Königsteiner Schlüssel verteilten Geflüchteten aufzunehmen und unterstützt die Forderung an die Bundesregierung, diese Aufnahme zu ermöglichen und allen aus Seenot geretteten Geflüchteten ein rechtsstaatliches Asylverfahren zu ermöglichen.

Der Aufruf, zumindest unbegleitete Kinder aus den griechischen Flüchtlingslagern zu evakuieren, wird durch diesen Beschluss als konkrete Zusage unterstützt. Die Städte und Gemeinden des Landkreises sollen in diesen Prozess aktiv eingebunden werden, um einen möglichst umfassenden Überblick über geeignete kommunale Immobilien im Landkreis zu erhalten sowie konkrete Rahmenbedingungen mitgestalten zu können. Engagierte Verbände und Institutionen in der Geflüchtetenhilfe werden in ihrer Arbeit unterstützt.

Die menschenunwürdigen Bedingungen in den griechischen Aufnahmelagern erfordern ein sofortiges Handeln. Insbesondere für Kinder und Frauen sind die Zustände in den völlig überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln nicht hinnehmbar. Es fehlt dort an der nötigsten Infrastruktur, medizinischer Versorgung und Schutzräumen. Vor allem den Kindern, deren Eltern in vielen Fällen nicht mehr leben und die allein in den Flüchtlingslagern untergebracht sind, soll nun sofort geholfen werden.

Gerade jetzt, bei weiterem Voranschreiten der Corona-Krise und dem Beginn des Winters, ist es unerlässlich die Flüchtlingslager in Griechenland zu evakuieren. In den Lagern ist es nicht möglich, vernünftig hygienische Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um einen Ausbruch des Virus vorzubeugen.

In Deutschland gibt es inzwischen mehr als 200 „Sichere Häfen“. Das Bündnis „Städte Sichere Häfen“ wird von Potsdam koordiniert.

Lübben, 01.12.2020

Lübben, 01.12.2020

gez.

\_\_\_\_\_  
L. Treder-Schmidt  
Fraktionsvorsitzender

gez.

\_\_\_\_\_  
A. Weigt  
Fraktionsvorsitzende